

Gerd Simon
Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus
und die Universität Tübingen¹

Einleitung

Die Herrschaftsverhältnisse im 3. Reich (Schwerpunkt: Wissenschaft)

Die wichtigsten Entwicklungsstadien der Wissenschaftspolitik im 3. Reich

Tübinger Einflüsse auf die Wissenschaftspolitik im 3. Reich

Fazit

Zur Problematik von Diagrammen und Chronologien

Es scheint ein harmloser methodischer Fehler, Texte und Textstellen einfach zu zitieren, als sprächen sie für sich. Die Schwierigkeit, Texte und Textstellen zu finden, die am besten einen Eindruck von einer Epoche vermitteln, hat zu resignativen Schlussfolgerungen geführt wie diese:

- Jedes Bemühen um Repräsentativität ist von vornherein vergeblich
- Sinnvoll ist allein der Einbau von Texten und Textstellen in eine Theorie

Demgegenüber sei hier dafür plädiert, dass sich der Wissenschaftshistoriker trotz aller Schwierigkeiten wenigstens um Repräsentativität bemüht und die manchen Texten inhärente theoriekritische Potenz aufspürt und angemessen zur Geltung bringt. Erst das Studium der sprachlichen und situationalen Kontexte kann verhindern, Abseitiges für repräsentativ zu halten.

Bei der Bearbeitung überlieferter Texte sind also Fragen zu stellen wie diese:

- Was ist repräsentativ?
- Was ist konform bzw. nicht konform oder zumindest riskant?
- Welche Freiräume hatten Personen, Verbände und Institutionen?

Ohne ein Studium der Machtverhältnisse ist das nicht möglich. Diese sollen hier darum im Mittelpunkt stehen. Ich gehe aus von Hilfsmitteln, die zur Einführung in das Thema geeignet erscheinen. Auf ihre Problematik werde ich erst am Schluss eingehen. Die Auswirkungen der

¹ Leicht veränderter Vortrag, gehalten im Rahmen des *studium generale* der Universität Tübingen am 4.11.2004

Machtverhältnisse auf die Universitäten seien hier am Beispiel der Professorenberufungen demonstriert.

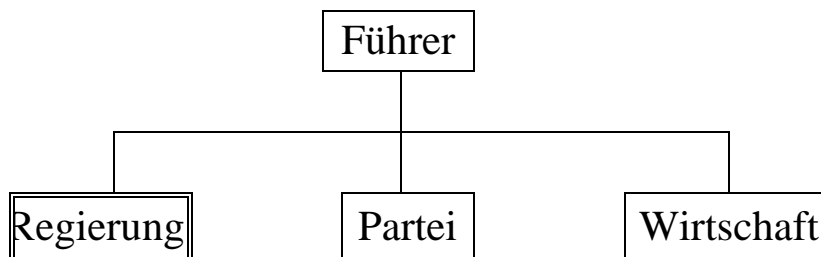


Fig. 1: Allgemeiner Überblick

Auf dem ersten Blick scheint es ziemlich einfach zu sein, die hierarchischen Machtverhältnisse in Diktaturen in einem Diagramm² einzufangen. Schon die Figur 1 mit den drei Säulen Regierung – Partei – Wirtschaft verzeichnet aber die Verhältnisse. Zumindest bei der Machtübernahme und in den ersten Jahren des 3. Reichs ist Hitler stark abhängig gewesen von der Wirtschaft. Erst mit dem Vierjahresplan 1936, endgültig im 2. Weltkrieg dominiert Hitler im Wesentlichen auch die Wirtschaft.

Wichtig für uns heute ist auch, dass die Ebenbürtigkeit von Regierung – Partei – Wirtschaft so nie bestand. Noch 1935 – also nach Hindenburgs Tod und nachdem Hitler auch dessen Funktion als Reichspräsident übernommen hatte, betont der Führer immer wieder:

Die Partei befiehlt dem Staat und nicht umgekehrt.

Figur 2 konzentriert sich auf die Ebene der (staatlichen bzw regierungsamtlichen) Ministerien. Auch hier sind die einzelnen Ministerien nie gleichgewichtig gewesen. So hatte die Wehrmacht – zumindest bevor sich Hitler 1938 zu ihrem obersten Befehlshaber aufschwang – ein gewisses Eigengewicht mit Einflussmöglichkeiten auf Bereiche außerhalb der Wehrmacht.

Aber auch z.B. Goebbels hatte gegenüber anderen Ministern wie etwa dem Wissenschaftsminister Bernhard Rust eine stärkere Stellung und nicht nur in der Öffentlichkeit eine größere Ausstrahlung. Sein Wort galt Hitler meistens mehr als das anderer Minister.

² Ich meide hier den um sich greifenden Ausdruck *Organigramm*, weil ich ihn auf einen ursprünglich versehentlich in den Duden geratenen und dann von allen Lexika blind übernommenen Tippfehler halte. Es hätte eigentlich *Organogramm* heißen müssen, zusammengesetzt aus den altgriechischen Wörtern ὄργανον (wörtlich: 'Werkzeug') und γράμμα (wörtlich: 'Buchstabe'). Außerdem handelt es sich hier um Institutionen und nicht – woran man auch denken könnte – um Organisationen.

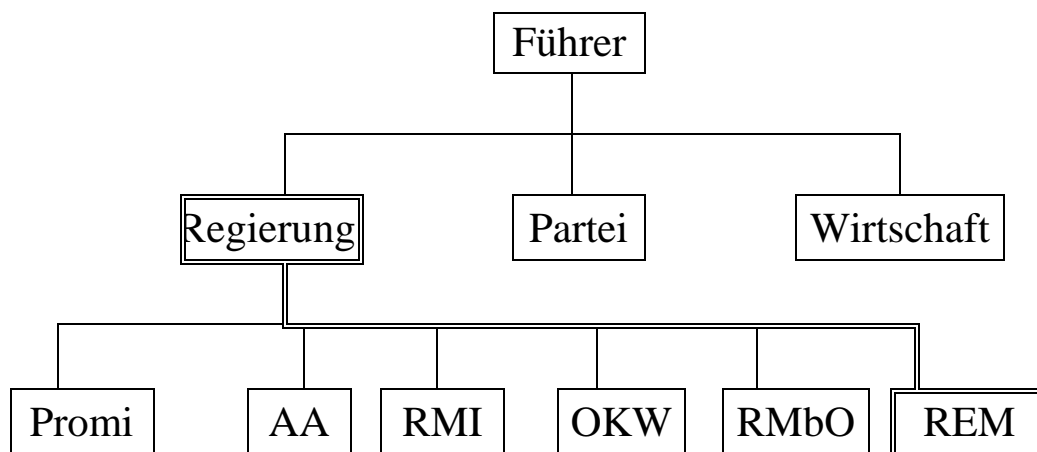


Fig. 2: Ämter und Stellen (Schwerpunkt: Regierung)

Damit ist nicht gesagt, dass etwa Rust oder der Ostminister Rosenberg, von denen das immer wieder behauptet wird, einflusslos waren. Uns sollte stutzig machen, dass der Topos von der Einflusslosigkeit im Amt Rosenberg selbst aufkam.³ Man wollte mit diesem Topos eigentlich nur Ansprüche auf mehr Macht begründen. Der Topos von der Einflusslosigkeit des Wissenschaftsministers Rust kam dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem Propagandaministerium.⁴ Dort kursierte bereits ein Witz:

Was ist ein Rust? Antwort: Die kleinste Zeitspanne zwischen dem Erlass einer Verordnung bis zu ihrer Wiederzücknahme.

Das Propagandaministerium war ein neues Ministerium ohne Vorgänger. Wie auch sonst bei Newcomern zu beobachten, neigte man hier zur Überheblichkeit mit dem Bedürfnis, andere Ministerien abzuwerten. Historiker, die den Topos von der Einflusslosigkeit kritiklos übernehmen, sind nicht zu den kontextualen Motiven solcher Topoi vorgedrungen. Im allgemeinen aber lässt sich sagen, dass sich im Konfliktfall überzufällig häufig Goebbels bzw. spätestens ab 1943 der Innenminister Himmler gegenüber den anderen Ministern durchsetzten. Und natürlich scheiterte auch manches Vorhaben wie heute am Finanzministerium.

Im übrigen suggerieren die Diagramme auch klare Trennungen zwischen Bereichen, die bei näherem Zusehen die Verhältnisse überzeichnen. In Wirklichkeit sind z.B. Regierung und Partei mehrfach miteinander verzahnt, hauptsächlich durch Personalunionen. So ist z.B. Goebbels nicht nur Propagandaminister, sondern auch Herr des Propagandaamtes der Partei. Und umgekehrt war der Stellvertreter des Führers an der Spitze der Partei Rudolf Hess in der Regierung auch ein Minister. Desgleichen war Rosenberg der „Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“, sehr schnell >Amt Rosenberg< genannt, darüber hinaus nicht nur Leiter des >Außenpolitischen Amtes< der NSDAP, sondern auch ab 1941 Ostminister.

³ z.B. Aktennotiz o. V. (Heinrich HÄRTLE) 2.4.41 - BAK NS 15/297 Bl. 242-6.

⁴ Tätigkeitsbericht o. V. (Propagandaministerium) o.D. [4.7.44], BA R 55 / 601 Bl. 31

Alle hier genannten Ministerien hatten Forschungsabteilungen. Figur 3 differenziert die forschungsrelevanten Ämter des >Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung< (kurz: REM) aus. Zugleich führt sie die wichtigsten Abteilungen im Amt Wissenschaft an sowie einige Einrichtungen, die von diesen Abteilungen „betreut“ werden, v.a. die >Kaiser-Wilhelm-Institute<, die heute >Max-Planck-Institute< heißen, und den >Deutschen Akademischen Auslandsdienst<, besser bekannt unter dem Kürzel DAAD.

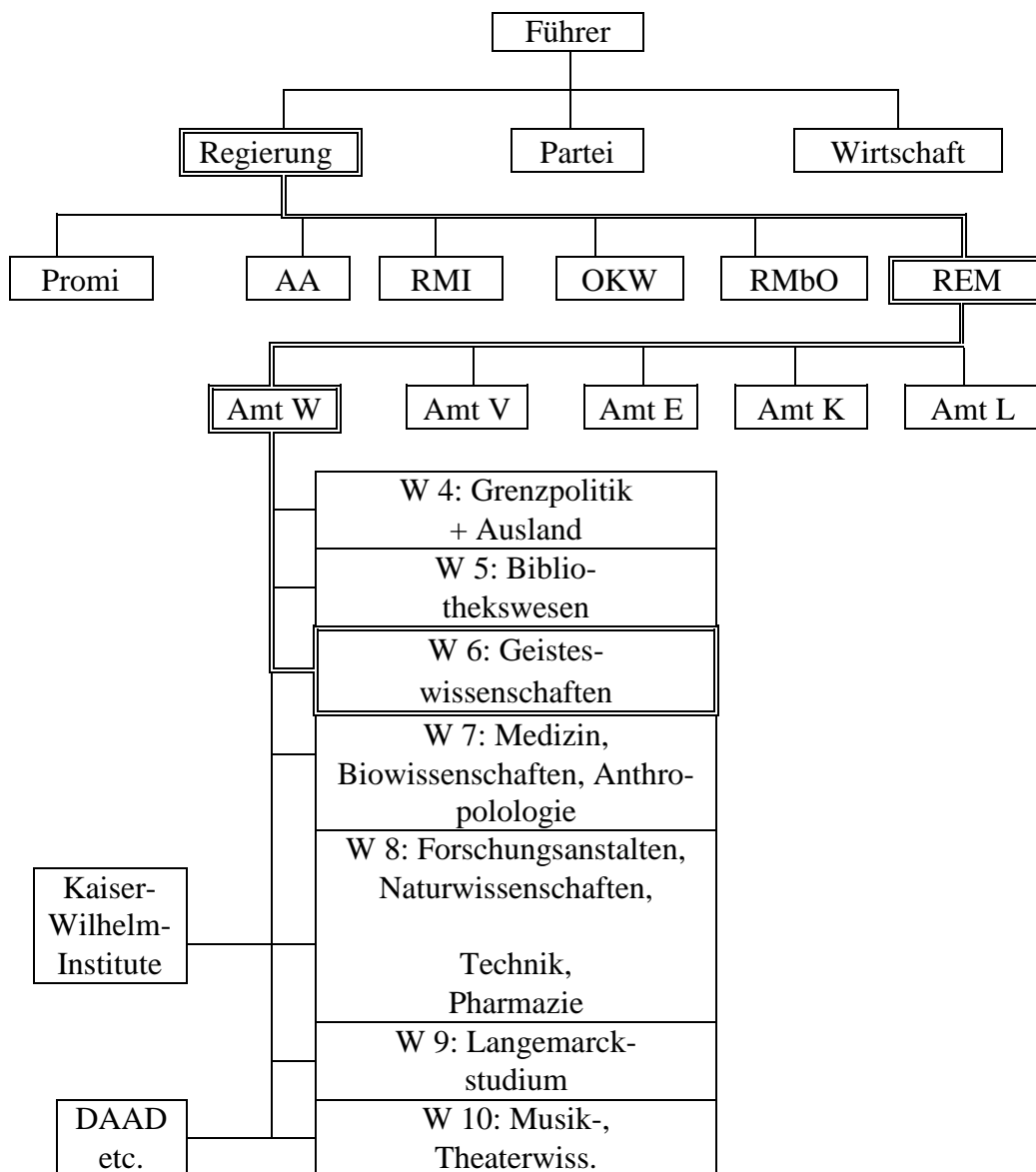
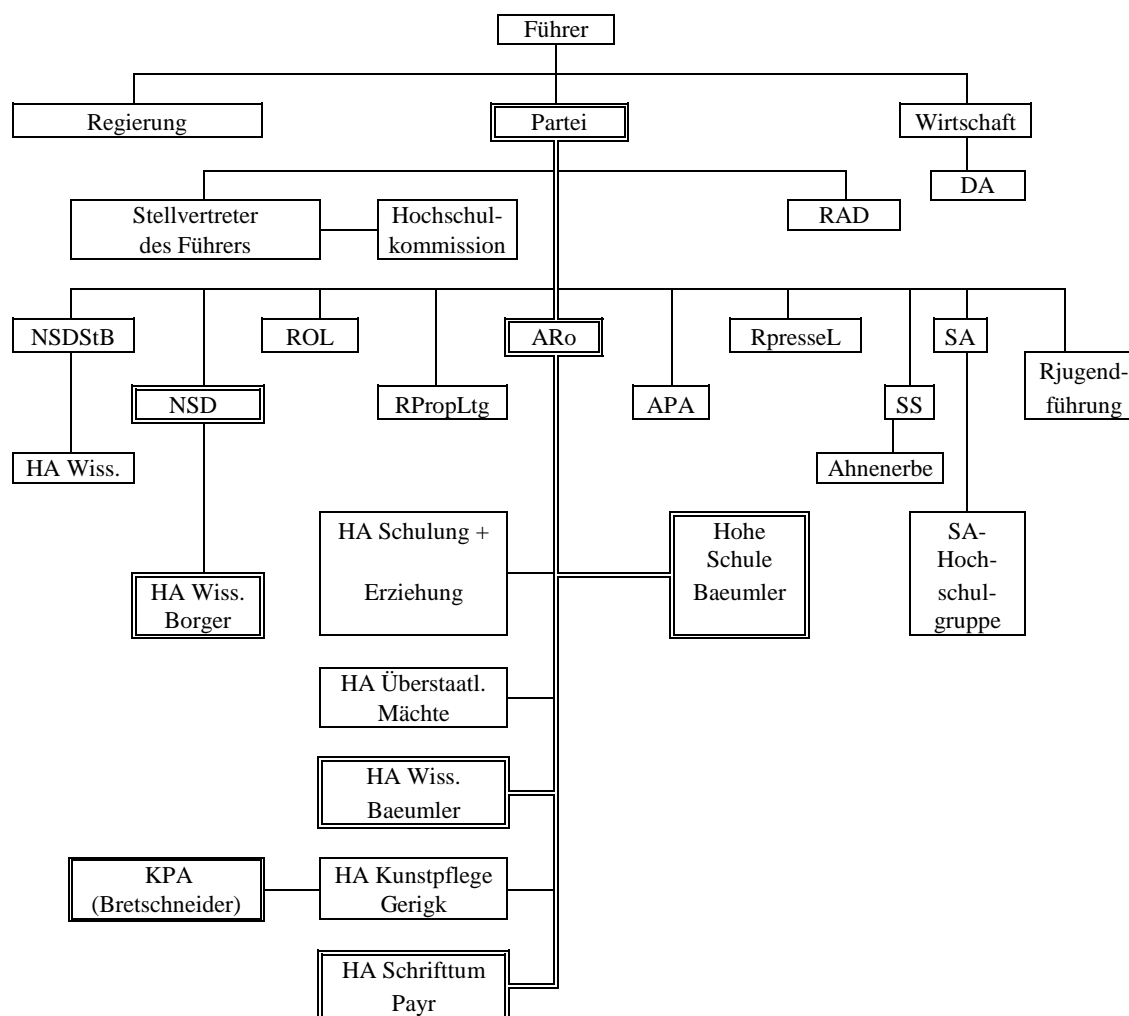


Fig. 3: Bildungspolitisch relevante staatliche Ämter und Stellen (Schwerpunkt: Amt Wissenschaft)

In Figur 4 sind die wissenschaftsrelevanten Parteigliederungen zu finden. Den Schwerpunkt bildet das >Amt Rosenberg< (kurz ARo).

Im >Amt Rosenberg< für uns am wichtigsten ist das Amt, später Hauptamt Wissenschaft, das der Philosoph Baeumler leitete. Als „federführend“ betrachtete sich im >Amt Rosenberg< das >Kulturpolitische Archiv< (KPA), das im Amt Kunstpflege versteckt war. Es wurde schon

von Zeitgenossen wie dem Tübinger Germanenkundler Plassmann als „Sicherheitsdienst für Kulturschaffende“ ausgemacht. Als solches begutachtete es auch zahlreiche Wissenschaftler, insbesondere wenn sie für die Besetzung eines Lehrstuhls in Frage kamen.



Figur 4 Forschungspolitisch relevante Ämter und Stellen (Schwerpunkt: Partei, v.a. Amt Rosenberg)

Als Hitler sein schon vor dem Krieg gegebenes mündliches Versprechen 1940 ohne Rückfragen bei anderen Ministerien schriftlich bestätigte, dass Rosenberg die für die Zeit nach dem Kriege geplante alternative Parteihochschule, die er >Hohe Schule< nannte, schon im Kriege vorbereiten darf, ernannte er Baeumler zu ihrem Leiter und errichtet an mehreren Universitäten Filialen, übrigens nicht in Tübingen. Für die Zentrale sollte am Chiemsee ein Mammutbau entstehen, der aber nicht mehr fertiggestellt wurde.

Alle in der Figur aufgeführten Parteigliederungen hatten Wissenschaftsabteilungen, manchmal Ämter oder gar Hauptämter genannt. Am wichtigsten für uns und speziell für Tübingen ist zweifellos der >Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund< (NSD). Leiter war der

„Reichsdozentenführer“ Walter Schultze, Leiter seines >Hauptamts Wissenschaft< war Gustav Borger, beide Mediziner. Mediziner gaben auch sonst im NSD nicht selten den Ton an, so etwa in Tübingen.

Der NSD war im Gegensatz zu Parteiinstitutionen wie dem >Amt Rosenberg< ein Verband, der an jeder Hochschule eine Ortsgruppe hatte. Vertreter des NSD nahmen an Sitzungen der Fakultät insbesondere an denen der Berufungs-Kommissionen teil. Sie hatten bei der Besetzung der Lehrstühle ein gewichtiges Wörtchen mitzureden. Die Professoren in solchen Kommissionen taten jedenfalls gut daran, ihre Berufungsvorschläge zuvor mit dem lokalen Vertreter des NSD abzustimmen. Dieser reichte nämlich ein Gutachten besser: Vorgutachten über die Kandidaten an die Münchner Zentrale des NSD weiter, die es – meist unverändert – an die Parteikanzlei weitergab. Die Parteikanzlei nannte sich so, nach dem der >Stellvertreter des Führers< Hess sich nach England abgesetzt hatte. Sie hatte mit dem REM ein Abkommen getroffen, nach dem das REM verpflichtet war, vor der Besetzung von Professorenstellen bei ihr politische und charakterliche Gutachten über die auf der Fakultätsliste vorgeschlagenen Kandidaten einzuholen. Außer dem NSD fertigte auch das >Amt Rosenberg<, konkret: dessen >Kulturpolitisches Archiv< Vorgutachten an. Dabei scheinen sich NSD und ARo frühzeitig abgestimmt zu haben. Ab 1938 führen sie eine Arbeitsteilung ein. Danach war der NSD für die Naturwissenschaften, das ARo für die Geisteswissenschaften zuständig. Ab 1942 fertigte wieder das ARo alle Gutachten an, geht bei den naturwissenschaftlichen aber von den NSD-Gutachten aus und nimmt zu diesen nur noch Stellung. Die so zustande gekommenen parteiamtlichen Gutachten gaben fast immer den Ausschlag.

Die Abstimmung der Berufungskommissionen mit dem NSD vor Ort verhinderte vor allem, dass Lehrstühle nicht allzu lange unbesetzt blieben. Denn wenn ein Fakultätsvorschlag abgelehnt wurde, begann die Prozedur von neuem. Vor Ort eine Rolle spielten anfangs auch noch die SA-Hochschulkommissionen. In Tübingen wurde eine solche geleitet von dem Studenten und Dichter Gerhard Schumann, der später im Propagandaministerium landete. Nach dem sog. >Röhm-Putsch< 1934 war von diesen SA-Hochschulkommissionen natürlich nicht mehr die Rede.

Während der NSD 1942 zuerst sukzessive in die Fänge des ARo geriet und dann 1944 mit dem Studentenbund dessen Leiter Scheel subsumiert wurde, und das ARo selbst – so Carsten Klingemann – immer mehr zu „einer mit sich selbst beschäftigten Einrichtung“ verkam, gewann die SS, die ja von Haus aus – wie Rosenberg sich mit einigem Recht beschwerte – zentral polizeiliche und geheimdienstliche Funktionen hatte, immer mehr – und das eher schleichend und wenig fassbar – die Oberhand auch in der Wissenschaft. Dabei spielte das Bündnis zwischen Mentzel, dem Leiter des Wissenschaftsamts im REM und der DFG, Erich Schumann, dem Leiter der Forschungsabteilung im OKW, und Wolfram Sievers, dem Geschäftsführer im Amt A, d.i. >Ahnenerbe< in der SS, eine entscheidende Rolle.

Um einen Eindruck zugeben, welchen Umfang etwa das >Amt Rosenberg< hatte, habe ich das nachfolgende Diagramm (Figur 5) mitgeliefert.

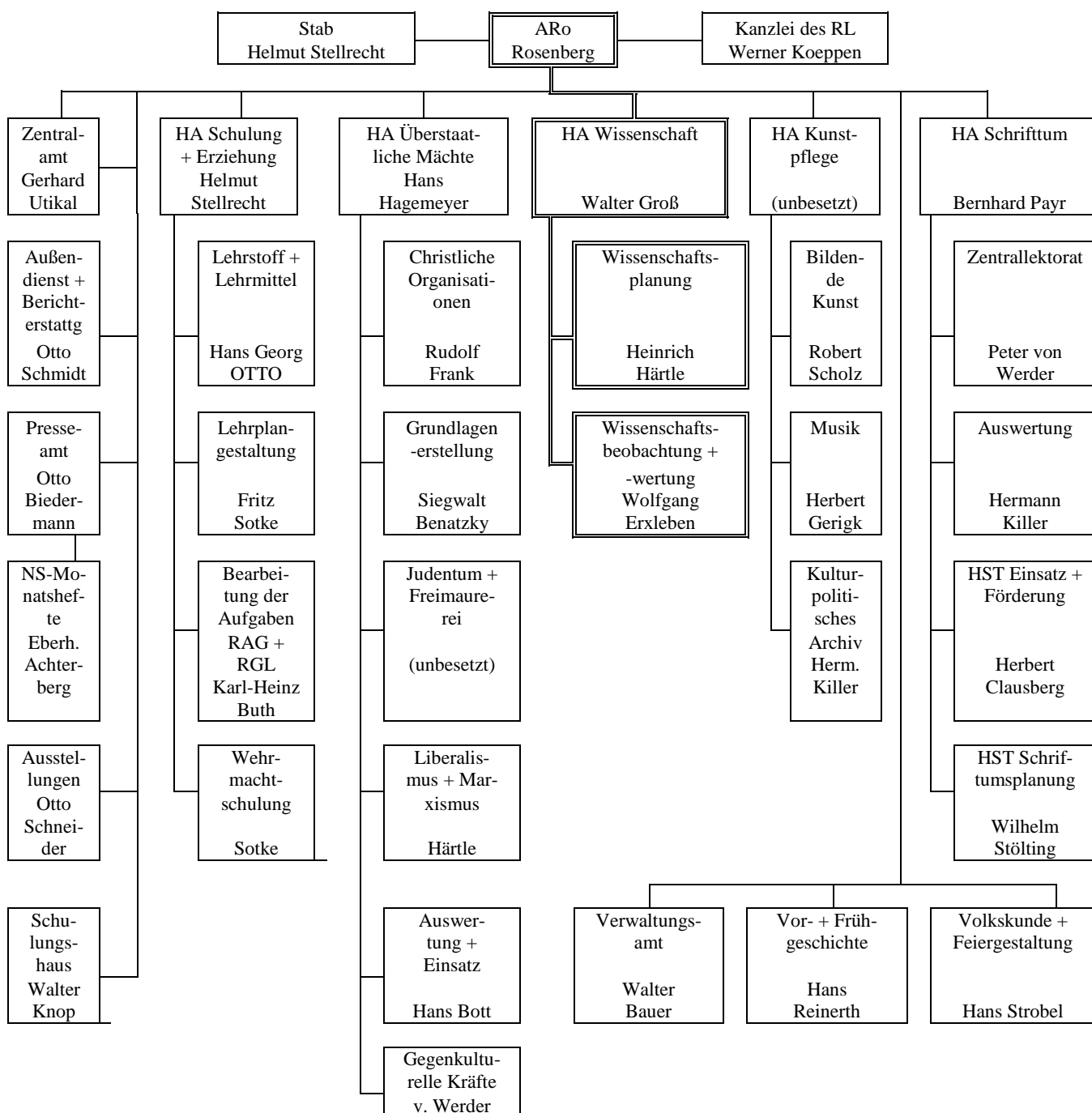
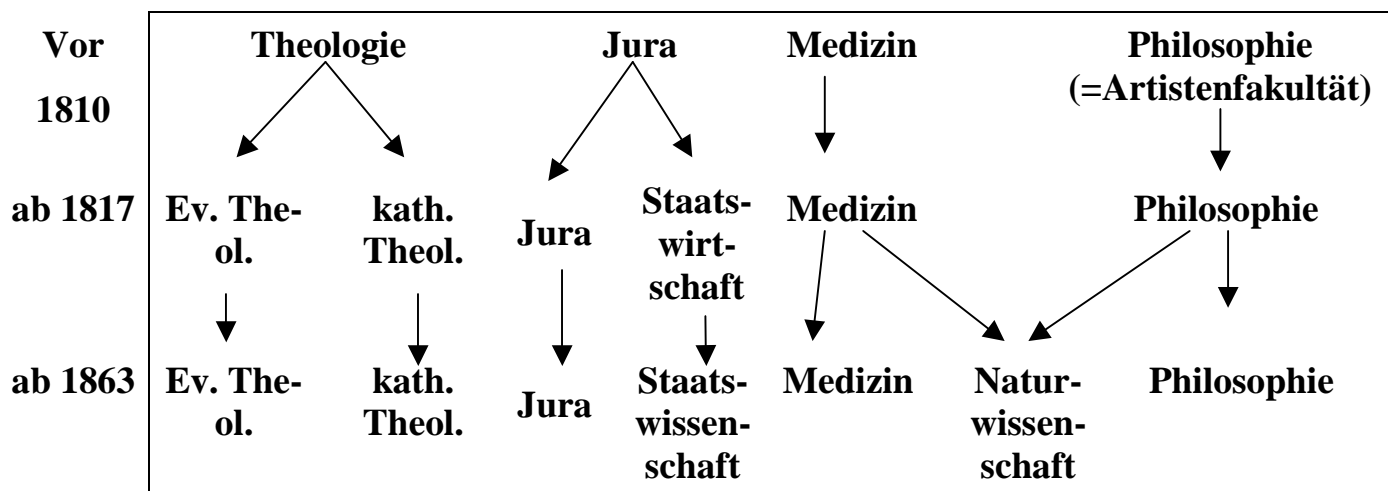


Fig. 5: Das Amt Rosenberg (Stand: August 1944)

HA = Hauptamt; HST = Hauptstelle; alles Übrige sind Ämter. Es herrscht folgende Hierarchie: HA > A > HST

Tübingen galt schon vor dem 3. Reich als „Nischenuniversität“ bzw. als „verschlafene Provinzuniversität“. Sie unterscheidet sich ja auch heute noch strukturell v.a. von den Großstadtuniversitäten, speziell Berlin und München, die im 3. Reich auch die politischen Zentren waren. Dabei war die Tübinger Uni im 19. Jahrhundert – was die Struktur angeht – noch führend bzw. initiativ. Sie gehörte zu den ersten deutschen Universitäten, die

- die Neuphilologie einführen
- die die frühere Artistenfakultät, eine Art Grundstudium für alle Fächer, zur Philosophischen Fakultät machten und damit den anderen Fakultäten gleichstellte
- die die deutsche Sprache verpflichtend zur Unterrichtssprache machte
- die die Naturwissenschaften aus der Philosophischen Fakultät ausgliederten und mit einigen medizinischen Fächern einer eigenen naturwissenschaftlichen Fakultät vereinigte.(s. Figur 6)



Figur 6: Die Fakultäten der Tübinger Universität im 19. Jahrhundert

In Nischen gedeihen bekanntlich Besonderungen, die anderswo unmöglich wären. So spielte an der Tübinger Universität z.B. das >Amt Rosenberg< von Anfang an keine nennenswerte Rolle. Das hing paradoxerweise mit einem ihrer ehemaligen Dozenten zusammen, dem Prähistoriker Hans Reinerth, der wegen der Denunziation seines Chefs von seiner Fakultät einstimmig abgelehnt worden war, nicht zuletzt weil er an den von ihm denunzierten Ungereimtheiten selbst nicht ganz schuldlos schien. Reinerth hatte damit aber wohl seine politischen Fähigkeiten so überzeugend nachgewiesen, dass ihn Rosenberg prompt zu seinem wichtigsten Berater in Universitätsfragen machte und eine Professur an der Berliner Uni verschaffte. Tübingen hat das wohl als Affront verstanden und Rosenberg entsprechend mehrheitlich abgelehnt.

Das Machtvakuum, das danach an der Uni Tübingen entstand, füllte nach einiger Zeit der NSD, zumal ihre führenden Leute auch das Rektoramt übernahmen. So konnte sich in Tübingen trotz des Protestes von Rosenberg eine Dozentenbundsakademie problemlos etablieren. Diese Dozentenbundsakademien lösten die vom REM verwalteten Dozentenakademien ab,

die ihrerseits gedacht waren, die z.T. seit Jahrhunderten bestehenden Akademien der Wissenschaften in Berlin, München, Leipzig, Göttingen und Heidelberg allmählich zu verdrängen. Vor allem sollten sie mehr als diese Wert legen auf Lehre, Volkstümlichkeit, Interdisziplinarität und Wehrsport.

Einer der profiliertesten und agilsten Vertreter des NSD war der Tübinger Pathologe und Prähistoriker Robert Wetzel, Leiter des Dozentenbunds und seiner Akademie in Tübingen. Mit Unterstützung des Rektors Hermann Hoffmann und der Rückendeckung des Stuttgarter Kultministeriums riskierte er sogar eine heftige Kritik am Wissenschaftsministerium. Das scheint sogar den Unwillen Bormanns von der Parteikanzlei ausgelöst zu haben. Möglicherweise trug das auch dazu bei, dass Bormann Rosenberg freie Hand ließ, den NSD seinem Amt unterzuordnen. 1944 freilich, nachdem der Reichsdozentenführer Walter Schultze endgültig das Handtuch warf, löste Bormann den NSD wieder aus den Fängen des ARO und vereinigte ihn mit dem NSD-Studentenbund unter der Leitung von Gustav Scheel, Gauleiter und als SS-Gruppenführer Himmler verpflichtet.

Die SS hatte in Tübingen vor Ort einige Vertreter an der Universität. Nahezu alle gehörten auch dem Sicherheitsdienst an: Ich nenne nur Plassmann, Huth, Hauer, Rösler, aber eben auch Wetzel. Da der NSD und die SS in Forschungsfragen nur wenige Reibflächen hatten, war die Machtverlagerung vom NSD auf die SS in Tübingen kaum spürbar.

Als Fazit lässt sich über die Herrschaftsverhältnisse im 3. Reich in Beziehung auf die Universität Tübingen Folgendes festhalten: Rust, Rosenberg und Schultze, die zentral mit Wissenschaftspolitik zu tun hatten, mögen – was die sonstige Politik des 3. Reiches angeht – relativ einflusslos gewesen sein. Für die Universitäten waren sie keineswegs zu vernachlässigende Größen. Dass Himmler und seine SS, die man – etwas übertrieben – „Staat im Staate“ genannt hat auch im Wissenschaftsbereich allmählich die Oberhand gewannen, war nicht an allen Universitäten gleichermaßen zu registrieren.

Tübingens Einfluss auf die NS-Wissenschaftspolitik war vergleichsweise gering. Auch Wetzels Idee der >Großhochschule Schwaben< (s. Figur 7), die auf höchster Ebene diskutiert wurde, hatte vermutlich nur Wirkung auf den Machtverlust des NSD. Nichtsdestoweniger kann man die Tübinger Universität zu den wenigen NSD-Hochburgen rechnen. Als solche kann man sie vergleichen mit der Universität Halle, die man ARO-Hochburg nennen könnte, oder mit der Uni Jena, die zumindest auf dem Weg war, eine SS-Hochburg zu werden. Es hing mit der Methode der SS zusammen, solche Einrichtungen in ihren Bann zu bringen, das die Ansätze der SS, die Universitäten Jena, Prag, Straßburg, Posen und Leiden in den Griff zu bekommen, vor 1945 nicht mehr ihr Ziel erreichten.



**Abbildung 3. Der schwäbisch-alemannische Raum mit seinen Hochschulen;
„Hochschule Schwaben“ zentral im deutschen Südwest.**

Figur 6: Zeichnung Robert Wetzels aus seinem Artikel „Die wissenschaftliche Akademie Tübingen des nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes. in: Wissenschaftliche Akademie Tübingen des NSD Dozentenbundes. Bd. 1 (1937/1938/1939), 1940, 31

In Tübingen sind diese schwer nachweisbar. Immerhin hatte das Ahnenerbe an mehreren Fächern An-Institutionen angedockt. Unklar ist, ob auch das SD-Forschungsinstitut ‚Orient‘ als An-Institution angesehen werden muss. Es gab aber auch nichts Nennenswertes, was einer solchen Übernahme durch die SS Widerstände hätte entgegensetzen können. Die „verschlafene Provinzuniversität“ wäre der SS vermutlich von selbst kampflos in den Schoß gefallen.

Diagramme, wie sie hier als Ausgangsbasis benutzt wurden, sowie Chronologien, wie die, auf die nachfolgend verwiesen wird, sind natürlich nicht mehr als didaktische Hilfsmittel, als vorwissenschaftliche Vorarbeiten, Gerüste, die nach Fertigstellung des Baus wieder abgebaut werden müssen, aber durchweg verständnisfördernd und daher auch in wissenschaftlichen Publikationen sinnvoll, sofern die Sachverhalte den meisten potentiellen Lesern wenig oder gar nicht bekannt sind. Chronologien sind darum wissenschaftlich problematisch, weil sie die komplexen Beziehungen zwischen den Machtfaktoren und semantisch zusammenhängenden Entitäten auseinanderreißen und in ein starres Nacheinander zwängen, nicht mit Ungleichzeitigkeiten rechnen, mit retardierten Entwicklungen und semantisch nicht zusammengehörigen Gleichzeitigkeiten sogar ziemlich am gleichen Ort. Für die Diagramme gilt fast das Gegenteil. Wissenschaftlich sind sie darum nicht unproblematisch, weil sie die Statik der Beziehungen unangemessen überbetonen und dazu einladen, die Einseitigkeit, Schwerpunkttierung und Subjektivität ihrer Konstruktionen zu vergessen. Auch eine deskriptive Darstellung muss nicht unbedingt solchen Diagrammen überlegen sein. Ihre Möglichkeiten sind aber vielfältiger. Das schließt aber natürlich nicht aus, dass Diagramme für diese unterstützende Funktion hat, wenn man sie jedenfalls nicht objektivistisch als Tatsachenrekonstruktion missversteht, sich also ihrer Suggestivität bewusst bleibt.

[Weitere Informationen zum Thema s. die Extradateien:

<http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/GeschDtSeminar.pdf>

sowie <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ChrWipolTue.pdf>

Dort auch die Auflösung der Abkürzungen

<http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/WisspolUniTue.pdf>

Startsite: <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon>